



Bericht über die Sitzung 1/2008 des Hauptausschusses am 7. März 2008 in Berlin

GUNTHER SPILLNER

Der Hauptausschuss begrüßte in einer kurzen gemeinsamen Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht „die eingetretene Verbesserung der Lage am Ausbildungsmarkt“. Er hob Verbesserungen der Datenbasis in der Ausbildungsstatistik der Arbeitsagenturen, die vielfältigen Initiativen zur Herstellung von Chancengleichheit und die erheblichen Anstrengungen zur Erhöhung von Transparenz und Durchlässigkeit durch praxistauglich zu gestaltende Instrumente – einen Europäischen und Deutschen Qualifikationsrahmen und ECVET – positiv hervor. Eine nachhaltige Lösung des Altbewerberproblems bedürfe weiterer Anstrengungen, ebenso der Abbau des besorgniserregend hohen Anteils junger Männer an den Schulabgängern ohne Abschluss und in den Maßnahmen des Unterstützungssystems. Der gemeinsamen Stellungnahme wurden die drei Voten der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Länder mit ihren jeweiligen Einschätzungen als Anlagen beigelegt (siehe Beilage zu dieser Ausgabe der BWP).

Vor der Beratung des Berufsbildungsberichts und der aktuellen Ausbildungsplatzsituation hatte DR. JOACHIM GERD ULRICH vom BIBB ergänzende statistische Informationen zur Entwicklung des Ausbildungsmarkts 2007 präsentiert. Dabei ging es insbesondere um den Anteil der außerbetrieblichen (überwiegend öffentlich finanzierten) und betrieblichen Ausbildungsverträge. ULRICH stellte die Ergebnisse eines alternativen Schätzansatzes vor, der deutlich machte, dass der Vertragszuwachs im Berichtsjahr 2006/ 2007 zum überwiegenden Teil auf Steigerungen der betrieblichen Ausbildungsleistungen zurückzuführen ist. In diesem Zusammenhang wies er auf die weiterhin bestehenden methodischen Probleme bei der Anwendung der verschiedenen Schätzverfahren hin. In der kontrovers geführten Diskussion ging es um Möglichkeiten und Wege, die Datenlage zu

verbessern. Es wurde vereinbart, dass hierzu ein Expertengespräch unter Federführung des BIBB stattfindet.

KORNELIA HAUGG, BMBF, berichtete zum Stand des Konzepts für ein internationales Large-Scale-Assessment in der beruflichen Bildung. Der Hauptausschuss gab die Empfehlung, für die Projektarbeiten einen Beirat aus Beauftragten der Sozialparteien und der Länder einzurichten. Kompetenzmessung sei ein höchst sensibles Thema, das im Rahmen dieser internationalen Untersuchung vom Hauptausschuss von Beginn an begleitet werden sollte.

Intensiv diskutiert wurden Möglichkeiten und Grenzen einer inhaltlichen Mitwirkung des Hauptausschusses an der Aufstellung des Institutshaushalts. Der Präsident des BIBB sagte für die Zukunft eine informativere Gestaltung der Eckwerte des Haushalts zu, damit der Hauptausschuss und der zuständige Unterausschuss die berufsbildungspolitische Gewichtung und Schwerpunktsetzung leichter beurteilen kann.

Der Hauptausschuss verabschiedete mehrheitlich eine Empfehlung zum Ausbildungsbonus, die dieser Ausgabe der BWP im Wortlaut beiliegt. Außerdem stimmte er Änderungsvorschlägen zum Ausbildungsvertragsmuster zu. Er verabschiedete die Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Abschluss Geprüfter Prozessmanager – Produktionstechnologie/Geprüfte Prozessmanagerin – Produktionstechnologie. In Fortbildungsverordnungen soll künftig die Zeit der Berufspraxis bei einschlägiger beruflicher Berufsausbildung in der Regel auf ein Jahr festgeschrieben werden. Darüber hinaus beschloss der Hauptausschuss Verordnungsentwürfe über die Berufsausbildungen zum Friseur/zur Friseurin, zum Speiseeishersteller/zur Speiseeisherstellerin, zum Produktionstechnologen/zur Produktionstechnologin und zu den Berufen im Bereich Schutz und Sicherheit. Ihre ablehnende Haltung zur Qualifizierung in der Sicherheitsbranche begründeten die Arbeitnehmersachverständigen in einer schriftlichen Stellungnahme. Schließlich nahm der Hauptausschuss das Arbeitsprogramm 2008 des BIBB zur Kenntnis. ■